

Verwaltungsgericht: CSU fordert Signal

Fraktion stellt Antrag im Stadtrat und wirbt für Geschlossenheit

Dass ein eigenständiges niederbayerisches Verwaltungsgericht mit Sitz in Passau ein großer Gewinn für die Stadt wäre, steht nach Ansicht der CSU-Stadtratsfraktion außer Zweifel. Umso mehr wünscht sich die Partei, dass auch die anderen Fraktionen dahinterstehen.

Mehr noch: Um die Bedeutung des Vorhabens und insbesondere die Standortfrage zu unterstreichen, sollte der Stadtrat parteiübergreifend ein klares Signal senden, dass als Sitz des Gerichts allein Passau in Betracht kommt.

Deshalb beantragt die CSU-Fraktion, dass der Stadtrat folgenden Beschluss fassen möge: „In der Erwägung, dass die Stadt Pas-

sau sich nicht zuletzt wegen ihrer an der Universität angesiedelten Juristischen Fakultät hervorragend als Standort für ein Verwaltungsgericht eignet, unterstützt der Passauer Stadtrat die Initiative des Arbeitskreises Juristen Niederbayern zur Schaffung eines niederbayerischen Verwaltungsgerichts und spricht sich ebenfalls nachdrücklich für Passau als Sitz des siebten bayerischen Verwaltungsgerichts aus.“

Zuvor hatte bereits der Arbeitskreis Juristen Niederbayern für die Schaffung eines eigenständigen Verwaltungsgerichts für den Regierungsbezirk Niederbayern mit Sitz in Passau plädiert und angekündigt, alle Möglichkeiten zu

ergreifen, die Realisierung des Vorhabens voranzutreiben. Unterstützt wird die Initiative u.a. vom Prodekan der Juristischen Fakultät der Universität Passau, Prof. Dr. Christoph Herrmann, sowie von der Präsidentin des Landgerichts Passau, Eva Maria Kaiser-Leucht. Auch Dr. Olaf Heinrich, Bezirkstagspräsident von Niederbayern, hat sich der Forderung angeschlossen und sich für Passau als Sitz des Verwaltungsgerichts ausgesprochen, ebenso die Landtagsabgeordneten Gerhard Waschler und Walter Taubeneder, die dazu erste Gespräche mit Innenminister Joachim Herrmann und Ministerpräsident Markus Söder geführt haben. – fi